

Wirtschaftliche Gerechtigkeit

Páraic Réamonn

„Wenn ich den Hunger in Afrika sehe oder wie Menschen in Berkeley um Brot anstehen, dann denke ich nicht mehr wie früher: ‚Das ist bedauerlich und tut mir leid‘, sondern ich denke: ‚Das ist unfair!‘“¹

Eine zerbrochene Welt

Die 1990er Jahre waren für viele Länder eine Dekade der Verzweiflung. Der jüngste UN-Bericht über menschliche Entwicklung hat festgestellt, dass in mehr als einem Viertel der Länder der Welt die Armut zunimmt und die Uhr durch eine mit Hungersnöten verbundene verfehlte Wirtschaftspolitik, Konflikte und HIV/Aids zurückgedreht wird.

Insgesamt ist die menschliche Entwicklung, die von den Vereinten Nationen als eine Mischung aus Einkommen, Lebenserwartung und Lese- und Schreibfähigkeit definiert wird, während der 1990er Jahre in 21 Ländern zurückgegangen. In dem Bericht heißt es, dies sei noch nie da gewesen: „Obwohl die Durchschnittseinkommen im Laufe der Zeit immer wieder gestiegen und gefallen sind, hat die menschliche Entwicklung im Laufe der Geschichte doch eine nachhaltige Verbesserung gezeigt, vor allem dort, wo sie am Index menschlicher Entwicklung gemessen wurde.“

„Inzwischen sind aber 54 Länder ärmer als im Jahre 1990. In 21 Ländern leidet eine größere Anzahl von Menschen Hunger. In 14 Ländern sterben mehr Kinder, bevor sie das fünfte Lebensjahr erreicht haben. In 12 Ländern gehen die Anmeldungen für die Grundschule zurück. In 34 Ländern ist die Lebenserwartung gesunken. Solche Rückschläge im Überlebenskampf waren früher selten.“

Die globale Ungleichheit überschattet die Ungleichheiten innerhalb unserer Gesellschaften, und sie nimmt immer noch zu. 1988 hatte die Verteilung des Welteinkommens auf Haushalte einen Gini-Koeffizienten von 0,63. Dieser ist 1993 auf 0,67 und im Jahre 2001 auf 0,69 gestiegen.²

Die reichsten ein Prozent der Weltbevölkerung (etwa 60 Millionen) haben heute genausoviel Einkommen wie die ärmsten 57 Prozent, und das Einkommen der reichsten 25 Millionen Amerikaner entspricht dem von fast 2 Milliarden der ärmsten Menschen der Welt.³

Ist dies zu bedauern? Oder ist es unfair?

Vergib uns unsere Schulden

Vor fünf Jahren bildeten 70.000 Protestierende eine Menschenkette um den Tagungsort der G7 in Birmingham/England. Sie forderten, die Ketten der

internationalen Schuldenlast zu sprengen.⁴ Die Petition zum Erlassjahr 2000, in der gefordert wurde, die unbezahlbaren Schulden der ärmsten Länder der Welt zu erlassen, war weltweit von 24 Millionen Menschen unterzeichnet worden.

Im Mai 2003 überprüfte die Erlassjahr-Bewegung dann, in wie weit diese Forderungen erfüllt wurden.⁵ Sie untersuchte, was die G8 die Initiative für die meistverschuldeten armen Länder (HIPC) nennen, und fand dabei heraus, dass es gute und schlechte Nachrichten gab.

Die gute Nachricht ist die, dass sich die Situation für die 26 Länder verbessert hat, die das erreicht haben, was in HIPC der „Entscheidungspunkt“ genannt wird. Ihre Schulden sind zwar nicht erlassen worden, sie bezahlen aber jetzt 40 Prozent weniger für den Schuldendienst. Und dies wirkt sich positiv auf das Leben der Menschen aus.

In Uganda, Malawi, Sambia und Tansania, sowie in ländlichen Gegenden Benins sind die Schulden für die Grundschulen erlassen worden; Mosambik hat für alle Kinder ein kostenloses Impfprogramm eingeführt; Mali, Mosambik und Senegal erhöhen ihre Ausgaben für die HIV/Aids-Vorsorge; Uganda und Mosambik haben fast die Wachstumsraten erreicht, die erforderlich sind, um die Anzahl der in absoluter Armut lebenden Menschen um die Hälfte zu reduzieren.

Die guten Nachrichten werden aber von den schlechten Nachrichten überwogen. Nur acht Länder unter den HIPC haben bis jetzt einen substantiellen Schuldenerlass gewährt bekommen. Die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) auferlegten Strukturanpassungsbedingungen sind immer noch so angelegt, dass sie eher die Vermögenswerte und Interessen der Kreditgeber schützen als den Ländern zu helfen, die der IWF eigentlich unterstützen sollte. Selbst wenn die eigenen eng gefassten Kriterien des Fonds angelegt werden, hat die Initiative nicht vermocht, die Länder so weit zu bringen, dass die Schulden „tragbar“ werden.

Das zentrale Problem liegt darin, dass die HIPC-Initiative kaum etwas mit Gerechtigkeit oder Armutsminderung zu tun hat. Sie will diese Länder lediglich dahin bringen, dass sie ihre Schulden zurückzahlen können.

Die Menschen, die 1998 die Straßen von Birmingham säumten, hatten aber kein Interesse, aus den ärmsten Ländern der Welt „gute“ Schuldner zu machen. Sie waren der festen Überzeugung, dass die Schuldenlast dieser Länder eben nicht nur bedauerlich, sondern einfach unfair ist.

Mulima Kufekisa Akapelwa sagte damals vor fünf Jahren in der St. Chad's Kathedrale in Birmingham Folgendes: „Ich bin es leid, mitanschauen zu müssen, wie allzu viele der ärmsten und schwächsten meiner Landsleute ihr Leben ausbluten... Ich will nicht mehr länger zusehen, wie die Menschen in die Enge getrieben werden, um die ihnen aufgezwungenen Schulden zurückzuzahlen... Ich bin auch zornig... Zornig, weil dies das Ergebnis politischer Entscheidungen

ist, die die Mächtigsten der Welt getroffen haben. Wütend, weil diese Mächtigen keinen Drang zu verspüren scheinen, dieses Desaster zu beenden... Wenn wir aus Sambia, aus Afrika, auf uns allein gestellt dies fordern, müssen wir um Schuldenerlass betteln. Wenn wir aber aus Sambia, aus Afrika, dies zusammen mit euch, meinen Brüdern und Schwestern aus Großbritannien, dem übrigen Europa und Nordamerika, fordern und neben euch stehen können: dann sind wir in der Lage, Gerechtigkeit einzufordern.“⁶

Selbst die Leiche wird noch ausgeraubt

„Wenn ein Staat in die Lage kommt, sich selbst bankrott zu erklären, und dies ebenso geschieht, wie wenn ein Einzelner dies tut, dann ist eine faire, offene und ausgesprochene Bankrotterklärung immer die Maßnahme, die am wenigsten ehrenrührig für den Schuldner ist und auch dem Gläubiger am wenigsten schadet.“⁷

Ende 2001, als in Argentinien fünf Präsidenten innerhalb von zwei Wochen ihr Glück versuchten, war die Regierung mit 95 Milliarden US\$ an argentinischen Schuldverschreibungen im Verzug – dies war der größte Fall staatlicher Insolvenz in der Geschichte. „Wir stehen vor dem Zusammenbruch“, sagte der neue Wirtschaftsminister, Jorge Remes Lenicov. „Argentinien ist bankrott.“⁸

Länder dürfen sich aber nicht wie Firmen oder sogar Städte bankrott erklären, sondern sie müssen sich mit einer komplexen Reihe von internationalen, nationalen und privaten Kreditgebern verständigen, um den Zusammenbruch zu vermeiden.

Am 22. September 2003 bat die Regierung Néstor Kirchner die Inhaber von Obligationen, eine 75-prozentige Senkung des realen Wertes ihrer Schuldverschreibungen zu akzeptieren. Außerdem lehnte er es ab, die seit 2001 aufgelaufenen Zinsen zu bezahlen. Die Gläubiger werden also keine Zinsen erhalten, bis ein Abkommen erreicht ist, betonte der argentinische Finanzminister Guillermo Nielsen.

Dieser Abschlag, den Argentinien sich erhofft, übertrifft bei weitem den 35prozentigen „Schnitt“ (hier wird von „Haircut“ gesprochen, womit die Differenz zwischen Beleihungswert und Beleihungsgrenze gemeint ist) Russlands in den späten 1990er Jahren und die 41prozentige Senkung in Ecuador im Jahre 2000.

„Die Argentinier versuchen, die Regeln der Restrukturierung von öffentlichen Schuldverschreibungen neu zu formulieren“, sagt Paul Luke, Vorsitzender von Convivo Capital Management, einem in London ansässigen Hedgefonds. „Sie waren mit dem größten historischen Fall von Zahlungsverzug konfrontiert und bemühen sich nun um den größtmöglichen Schnitt (haircut).“

Argentinien bleibt aber kaum eine andere Wahl. Zusätzlich zu den 95 Milliarden US\$, die es den Inhabern von Obligationen schuldet, hat es noch

mehr als 70 Milliarden US\$ an verzinsbaren Schulden zu honorieren, das meiste davon gegenüber dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und der Interamerican Development Bank. Tage vor dem Angebot an die Inhaber der Obligationen verpflichtete sich Argentinien in einer Vereinbarung mit dem IWF, 2004 einen dreiprozentigen Haushaltsüberschuss zu erwirtschaften, was aber kaum ausreichen wird, den Zinsverpflichtungen nachzukommen, geschweige denn, die ausstehende Rückzahlung von Anleihen zu honorieren.

Da es sich um 152 unterschiedliche Schuldverschreibungen in sieben Währungen handelt, von denen sich 43 Prozent weltweit in Händen von Einzelinvestoren befinden, bekannte Nielsen, dass die Verhandlung wohl „eine der kompliziertesten in der Geschichte“ werden wird, die Argentinien und seine Gläubiger vor „Probleme extremer Komplexität stellt, die wir zusammen werden lösen müssen“.

Anne Krueger, die stellvertretende Direktorin des IMF, ist überzeugt, dass bis Mitte 2005 ein Abkommen zustandegebracht werden kann. Andere halten dies für weniger wahrscheinlich. „Die Gläubiger und die Regierung haben sehr unterschiedliche Wahrnehmungen über die künftige Zahlungsfähigkeit des Landes“, meint der Analyst David Beers von Standard & Poor's, weil die Verhandlungen sich hinziehen und durch Prozesse erschwert werden könnten.

Die Hälfte der 38 Millionen Einwohner Argentiniens leben immer noch unter der Armutsgrenze und die tatsächliche Arbeitslosigkeit beträgt mehr als 20 Prozent. Ist dies zu bedauern? Oder ist es unfair?

Es wird Zeit, auf Adam Smith zu hören.⁹

Sie ziehen den Planeten unter unseren Füßen weg

1997 unterzeichnete der Senegal ein Fischereiabkommen mit der Europäischen Union, das ausländischen Fischerbooten Konzessionen erteilte, in seinen Küstengewässern zu fischen. Für die Regierung ist dies eine wichtige Einkommensquelle, die aber die Lebensbedingungen der 47.000 senegalesischen kleinen Fischer bedroht. Riesige Mengen Fisch werden von spanischen Trawlern gefangen, von denen viele dem Pescanova-Konzern, Europas größter Fischereiflotte, gehören. Die von ihnen eingesetzten riesigen Schleppnetze vermindern die Anzahl der in nahen Küstengewässern schwimmenden Fische und auch die Zuchtbestände gehen zurück. Die Fischer werden gezwungen, weiter hinaus auf die hohe See zu fahren und ihre Fangmenge wird immer kleiner. Auf den lokalen Märkten gibt es inzwischen weniger Fisch zu kaufen, sodass die Gemeinschaften vor Ort einer wichtigen Ernährungsquelle beraubt werden.

Die Industrieländer, die ihre eigenen Küstengewässer bis auf den Grund leergefischt haben, unterstützen ihre kommerziellen Flotten mit jährlichen Subventionen von 20 Milliarden US\$, um Fische in den Küstengewässern von Entwicklungsländern zu fangen, womit sie sich selbst einer Proteinquelle

bedienen und sich Einkommen verschaffen, die für die armen Länder lebensnotwendig wären. Mehr als 40 Prozent der weltweiten Fischbestände werden inzwischen bis an ihre biologischen Grenzen ausgebeutet.

Im Laufe der letzten 20 Jahre hat kommerzielle Rodung dazu beigetragen, dass fast die Hälfte aller Wälder in Kambodscha geschlagen wurden.

Weite Teile dieses Exporthandels sind illegal und vietnamesische Gesellschaften bedienen sich der schwachen, oft korrupten lokalpolitischen Strukturen, um Zugang zu einer der reichsten Ressourcen des Landes zu gewinnen.

Die lokalen Gemeinschaften tragen schwer an den Kosten, da sie durch die Rodungen umgesiedelt werden und ihr Lebensunterhalt bedroht ist, weil sie keine Waldprodukte wie Nüsse und Beeren mehr sammeln können.

Umfassende Abholzungen bedrohen auch sehr direkt den Tonle Sap See, wo es eine der weltweit produktivsten Inlandfischereien gibt, die zu über 60 Prozent den Proteinbedarf Kambodschas deckt. Hier war das Abholzen der harzproduzierenden Bäume besonders schlimm, denn dadurch konnte ein Harzsammler jährlich bis zu 500 US\$ verdienen. Außerdem lieferten sie das zum Bau und Unterhalt ihrer Boote nötige Holz, das für das Überleben dieser Gemeinschaften notwendig war.

1997 erhielt die kambodschanische Regierung 12 Millionen US\$ durch die Vergabe von Rodungslizenzen. Im selben Jahr wurde Holz im Schätzwert von 185 Millionen US\$ gefällt, wovon die größte Menge nach Vietnam transportiert wurde, wo es, oft mit falschen „umweltfreundlichen“ Etiketten, zu Möbeln verarbeitet wurde, die für den Export nach Deutschland und Dänemark bestimmt waren.

Die Beispiele ließen sich beliebig vermehren. Wirtschaftliche Ungerechtigkeit geht mit Umweltzerstörung einher, die den Armen Schaden zufügen und den Planeten, auf dem wir leben, gefährden.¹⁰

Ist dies bedauerlich? Oder ist es einfach falsch?

Die Reichen schützen und die Armen aussetzen

„Die Rhetorik des Welthandels ist voller Versprechungen. Uns wird erzählt, der freie Markt bringe Chancen für alle, nicht nur für ein paar Glückliche. Sie sagen uns, er könne uns von Armut und Verzweiflung erlösen, und wir werden zur Hoffnung verleitet, die jetzige Runde von Handelsvereinbarungen im Rahmen der Welthandelsorganisation werde diese Versprechen einlösen. Traurigerweise entspricht die Wirklichkeit des internationalen Handelssystems heute keineswegs dieser Rhetorik... Anstatt die weltweiten Handelsregeln von allen und im Interesse aller zu verhandeln, damit sich auch alle darauf verlassen können, werden viel zu viele Entscheidungen hinter verschlossenen Türen verhandelt, werden viel zu viele Sonderinteressen geschützt und zu viele Versprechen nicht eingehalten.“

Kofi Annans Worte zu Beginn der fünften Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) waren prophetisch, was den Ausgang des Treffens in Cancún, Mexiko, betraf.¹¹

Man nehme nur das Beispiel Baumwolle.

Die Vereinigten Staaten bezahlen an die 25.000 amerikanischen Baumwollfarmer jährlich 3 Milliarden US\$ an Subventionen. Diese tragen dazu bei, den Lebensunterhalt von kleinen Baumwollbauern in Benin, Burkina Faso, Mali und Tschad zu untergraben. Diese vier afrikanischen Länder haben in Cancún gefordert, die Subventionen für die Produktion und den Export von Baumwolle aufzuheben und beschrieben dies als ihr einziges wirkliches Interesse in der Doha-Runde. Sie hatten gehört, wie der WTO-Generaldirektor die Mitgliedsstaaten an ihre Verpflichtung gegenüber den Millenniumsentwicklungszielen erinnerte, die auch die Halbierung der Armut bis 2015 beinhalteten. Sie hörten, wie der Vorsitzende der Generalversammlung, Pérez del Castillo, versprach, die Entwicklungsdimension werde in allen Verhandlungen vorkommen und sich eindeutig in den Ergebnissen widerspiegeln. Sie sahen auch, wie eine gesonderte Arbeitsgruppe gebildet wurde um ihre Initiative zu bedenken. Für einen kurzen Augenblick wagten sie zu hoffen.

Dann aber erlebten sie, wie ihre Position im Entwurf des Ministerialtextes vom 13. September vollständig ignoriert wurde. „Der Berg hat keine Maus geboren“, meinte ein Vertreter der Baumwollindustrie in Burkina Faso, „er hat eine Ameise geboren.“

Die WTO beansprucht, legale und multilaterale Rahmenbedingungen für den Welthandel zu schaffen, deren Regeln den Protektionismus durch reiche Länder verhindern helfen sollen, während einiger Protektionismus durch arme Länder zugelassen wird, um ihnen Entwicklungs- und Wachstumschancen einzuräumen. Weil aber die reichen Länder diese Prozesse unterminieren und die armen Länder einschüchtern, tut die WTO genau das Gegenteil.

Beim Abschluss der Uruguay-Runde haben die reichen Länder 1994 vereinbart, sie würden die landwirtschaftlichen Subventionen langsam auslaufen lassen, wenn die armen Länder versprechen, ihre Märkte für westliche Konzerne zu öffnen. Die armen Länder hielten ihr Versprechen, während die reichen Länder das ihre brachen. Wir warten immer noch darauf, dass sie in einer sogenannten Entwicklungsrunde den Durchbruch schaffen.

Als die gegenwärtige Runde 2001 in Doha eröffnet wurde, sagten die reichen Länder erneut zu, die Exportsubventionen stufenweise einzustellen, die von Fachleuten verantwortlich gemacht werden für die Berge von billigen Nahrungsmitteln, die jedes Jahr in arme Länder gepumpt werden und die Bauern vor Ort in den Ruin treiben. Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten versprachen auch, ihre Märkte für landwirtschaftliche Exporte aus armen Ländern zu öffnen.

Wenig oder nichts von alledem wurde in Cancún angeboten, weil weder die Vereinigten Staaten noch die Europäische Union – noch andere reiche Länder – bereit sind, sich dem radikalen Schnitt zu stellen, den diese Versprechungen erfordern würden. Stattdessen zogen sie es vor, die Entwicklungsländer anzuprangern, weil diese forderten, was in Doha versprochen wurde, und drängten auf neue Verhandlungen zu den „Singapur-Themen“.¹²

Ist dies zu bedauern? Oder ist es unfair?

Der Zusammenbruch der Verhandlungen in Cancún lässt die Welt an einem Scheideweg stehen und noch ist nicht klar, welchen Weg wir einschlagen werden. Die große Leistung von Cancún war, dass die G21-Gruppe der Entwicklungsländer allen Bemühungen widerstanden hat, sich spalten zu lassen und sich weigerte, sich durch Einschüchterungen in eine Vereinbarung zu den Bedingungen des Nordens zwingen zu lassen. Wenn die Entwicklungsländer nach Cancún weiter zusammenhalten, kann es ihnen vielleicht gelingen, aus dem negativen Erfolg eine positive Reform der Welthandelsregeln zu machen. Sonst werden sie, eines nach dem anderen, in bilaterale Handelsvereinbarungen der Art eingebunden, wie die Vereinigten Staaten sie kürzlich mit Chile und Singapur abgeschlossen haben.

Russisches Roulette

„Die asiatische Depression scheint für die Ideologie des freien Marktes das zu sein, was die große Depression und der Zweite Weltkrieg für die fiskalischen und ökonomischen Lehren der Dreißiger Jahre waren.“¹³

Die thailändische Währung Baht wurde zehn Jahre lang mit etwa 25 Baht zum US Dollar gehandelt, um dann im Juli 1997 über Nacht um ein Viertel zu fallen. Die Währungsspekulationen breiteten sich aus bis nach Malaysia, Südkorea, den Philippinen und Indonesien. Ostasien war in der Krise. Am Ende des Jahres drohte der Zusammenbruch der Finanzsysteme viele der regionalen Banken, Firmen und ganze Volkswirtschaften an den Rand des Ruins zu bringen. 1998 sank das Bruttozialprodukt (BSP) in Korea um 6,7%, in Thailand um 10,8% und in Indonesien um 13,1%.

Die Arbeitslosigkeit verdreifachte sich in Thailand, vervierfachte sich in Korea und verzehnfachte sich in Indonesien. In Indonesien verdoppelte sich die Armut und in Korea stieg die städtische Armut fast um das Dreifache, was bedeutete, dass ein Viertel der Bevölkerung verarmte.

In jedem Land waren ganz bestimmte Faktoren dafür verantwortlich, aber die Ursache der Krise war in der Liberalisierung der kurzfristigen Kapitalflüsse zu suchen, die dazu führte, dass Milliarden von Dollars nach dem größtmöglichen Profit in der Welt herumjagten.

Die in den letzten drei Jahrzehnten immer schneller werdenden internationalen Finanzströme sind wohl die wichtigste Realität, die unser heutiges Leben prägt. Die ostasiatische Krise zeigt, wie gefährlich wir leben.

Der Zusammenbruch des Bretton Woods Systems in den frühen 1970er Jahren führte zu einem exponentiellen Wachstum in den internationalen Finanzbewegungen. 1973 bewegte sich der tägliche Handel mit ausländischen Währungen zwischen 10 und 20 Milliarden US\$ – was ungefähr dem Doppelten des Welthandelswertes entsprach.

Am Ende des Jahrhunderts stieg der Handel mit ausländischen Währungen auf einen täglichen Durchschnittswert von fast 1.800 Milliarden US\$ – 90 mal mehr als der tatsächliche Wert des gesamten Welthandels. Wir leben in einer Papierwirtschaft, in der lediglich ein winziger Bruchteil der Transaktionen mit ausländischen Währungen dazu verwendet wird, den internationalen Handel und ausländische Investitionen zu finanzieren, während der allergrößte Teil der Spekulation dient.

Die Liberalisierung des Kapitalmarktes wurde den ostasiatischen Ländern vom IWF und vom Schatzamt der USA aufgedrängt. Nachdem es sich von den Folgen des Korea-Krieges erholt hatte, entwickelte Südkorea eine Wachstumsstrategie, durch die das Prokopfeinkommen in 30 Jahren um das Achtfache stieg und die Armut drastisch sank. In den ersten Jahren kontrollierte es seine Finanzmärkte streng, hat aber dann nach und nach auf Drängen der USA seinen Industriekonzernen erlaubt, im Ausland Geld aufzunehmen, wodurch sie sich selbst „tierischen Trieben“ (J. M. Keynes) und den Kapriolen des internationalen Marktes aussetzten. 1997 mussten sie den Preis dafür bezahlen.¹⁴

„Spekulanten können als Seifenblasen auf einem dahinfließenden Unternehmensstrom keinen Schaden anrichten“, schrieb John Maynard Keynes 1936.

„Die Lage wird dann allerdings ernst, wenn das Unternehmen selbst zur Seifenblase in einem Strudel von Spekulationen wird.“¹⁵

Die Krise in Ostasien ist überstanden, aber die Menschen in den betreffenden Ländern werden mit dem angerichteten Schaden noch Jahre leben müssen.

Ist dies zu bedauern? Oder ist es irrational und ungerecht?

Die goldene Regel oder die Herrschaft des Goldes

Ein Nichtjude bat den Rabbi Shammai, ihn als einen Proselyten zu akzeptieren, unter der Bedingung, dass Shammai ihn auf einem Fuß stehend das ganze Gesetz lehre, woraufhin ihn der choleriche Shammai hinauswarf. Der Nichtjude ging danach zu Hillel, einem freundlicheren Rabbi, der ihm sagte: „Was du nicht willst, dass man dir tu, das füg auch keinem andern zu.“

„Dies ist das ganze Gesetz“, sagte Hillel. „Der Rest ist Kommentar.“¹⁶

Wir sollten die anderen so behandeln wie wir selbst behandelt werden wollen und nicht zulassen, dass mit ihnen auf eine Art und Weise umgegangen wird, die wir nicht akzeptieren würden, wenn wir selbst betroffen wären.

„Alles im Himmel und auf Erden gehört Dir,“ erinnern wir Gott (und uns selbst) im Gottesdienst, wenn wir unsere Gaben einlegen. „Alles kommt von Dir und von dem, was Dir gehört, geben wir Dir zurück.“

Die Reichtümer der Welt müssen wir mit dem zusammenbringen, was unser Mund sagt. Denn wenn alles, was wir haben, von Gott kommt, dann können wir es nicht ausschließlich für uns beanspruchen. Wir leben in Gottes Welt zusammen, im Norden und im Süden, im Osten und im Westen, und müssen das Teilen lernen.

Wir gehören nicht uns selbst.¹⁷

Weitere Literatur

Zusätzlich zu den Referenzen in den Fußnoten können Sie die Sektion Bund für Gerechtigkeit auf unserer Website nachschlagen (www.warc.ch/pc/index.html), wo viele weitere Texte vom Reformierten Weltbund, seinen Mitgliedskirchen und Partnern zu finden sind.

Fragen

1. Welches ist der Standpunkt Ihrer Regierung zur globalen Schuldenfrage? Zu staatlichen Konkurserkklärungen? Zu fairem Handel? Zum Umweltschutz? Zur Liberalisierung der Kapitalmärkte? Sind Sie damit einverstanden?
2. Die Industrieländer, in denen nur 2% des Bruttosozialproduktes (BSP) in der Landwirtschaft erwirtschaftet werden, beschränken den Marktzugang für Produkte aus Afrika, wo die Landwirtschaft 30% des BSP und 70% der Arbeitsplätze ausmacht.
3. Ist dies zu bedauern? Oder ist es unfair?
4. Was sagt und tut Ihre Kirche zum Thema wirtschaftlicher Ungerechtigkeit? Sollte sie mehr tun?
5. Wozu fordert uns unser Glaube an die Souveränität Gottes heraus? Was sollten wir bekennen und wie sollten wir angesichts wirtschaftlicher Ungerechtigkeit handeln?

Anmerkungen

1. Karen Lebacqz, *Justice in an Unjust World* (Minneapolis: Augsburg, 1987), S.7.
2. Quelle: Brnko Milanovic, *Economic Journal*, 112 (Januar 2002). Ein Gini-Koeffizient von 0 ist vollkommene Gleichheit, bei der alle dasselbe Einkommen haben; ein Gini-Koeffizient von 1 ist die absolute Ungleichheit (bei der eine Person alles Einkommen hat). Je höher der Koeffizient, desto größer die Ungleichheit: geringe Ungleichheit wird mit weniger als 0,34 definiert, während große Ungleichheit mit mehr als 0,55 definiert wird.
3. *Human Development Report 2003* (Oxford/New York: OUP, 2003); *Rigged Rules and Double Standards: Trade, Globalization and the Fight against Poverty* (Oxfam, 2002).
4. G7: das sind die Regierungen der sieben stärksten Industrieländer – Kanada,

- Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. Unter G8 versteht man die G7 plus Russland.
5. Jubilee Research, Erlassjahrkampagne und Cafod, *Did the G8 drop the Debt?:* www.jubilee2000uk.org/analysis/reports/G8final.pdf; siehe auch Jubilee Research, *The Real Progress Report on HIPC* (September 2003): www.jubilee2000uk.org/analysis/reports/realprogressHIPC.pdf
 6. Zitiert in *Did the G8 Drop the Debt?* S.9.
 7. Adam Smith, *The Wealth of Nations* (1776), Buch 5, Kapitel 3.
 8. Siehe Páraic Réamonn, „Children starve in Argentina while the IMF tightens the screw“, *Update* 13/1 (Februar 2003), www.warc.ch/update/up131/index.html
 9. Kunibert Raffer, „An international insolvency procedure of sovereign states“, in *Debt beyond Contract/La dette au delà du contrat*, hg. Édouard Dommen (Geneva: Observatoire de la Finance, 2001) S.69-78; Anne Pettifor, *Chapter 9/11? Resolving International Debt Crisis – the Jubilee framework for international insolvency* (London: Jubilee Research, 2002), www.jubilee2000uk.org/analysis/reports/jubilee_framework.pdf
 10. Diese und andere Beispiele finden sich in *Rigged Rules and Double Standards: Trade, Globalization and the Fight against Poverty* (Oxfam, 2002), S.91-94. Siehe auch David Lawrence, „Gute Hüter und Bewahrerinnen der Schöpfung“ in dieser Ausgabe von *Reformed World*.
 11. Siehe Caritas International/Cidse, „Missed opportunity in Cancún“, www.cidse.org/en/tg1/CIDSECIevaluationCANCUN.pdf; Kofi Annans Rede wurde vom Generalsekretär der UNCTAD, Rubens Ricupero, vorgetragen.
 12. Der Stillstand bei den Singapur-Themen (Wettbewerb bei Investitionen, Transparenz im öffentlichen Beschaffungswesen und Handelserleichterungen) war der Auslöser für den Zusammenbruch der Konferenz. Vorher fanden die Entwicklungsländer aber noch Zeit, sich über die Art und Weise zu empören, wie sie von den Ländern des Nordens verachtet und gedemütigt worden waren.
 13. John Gray, *False Dawn: The Delusions of Global Capitalism* (London: Granta Books, 1999/2) S.219.
 14. Der an der Krisenursache beteiligte IWF verschlimmerte die Krise dann noch mit Ratschlägen, die weniger den Interessen der betroffenen Länder dienten als vielmehr ihren Kreditgebern, was dazu führte, dass die Ostasiaten bis heute vom „IWF“ in derselben Weise sprechen, als rede man vom „Schwarzen Tod“. Joseph E. Stiglitz, *Globalization and its Discontents* (London/New York: Allen Lane, The Penguin Press, 2002), bes. Kapitel 4; Joseph E. Stiglitz, „Foreword“ in Karl Polanyi, *The Great Transformation* (Boston: Beacon Press, 2001), S.vii-xvii; Gordon K. Douglass, „Casino Capitalism: Controlling Speculation in World Financial Markets“ (Progressive Christians Uniting): www.warc.ch/pc/02.html
 15. John Maynard Keynes, *The General Theory of Employment, Interest and Money* IV.12.6 (New York: Prometheus Books, 1997), S.159.
 16. Aus dem Talmud. Siehe beispielsweise Geza Vermes, *The Religion of Jesus the Jew* (London: SCM Press, 1993), S.40; vergleiche auch Mt 7,12 und Lk 6,31.
 17. Johannes Calvin, *Unterricht in der christlichen Religion* III,7,1, wiederholt in „Die Erklärung von Debrecen“ in Debrecen 1997: Protokoll der 23. Generalversammlung (Genf:RWB, 1998) S.273; www.warc.ch/where/23gc/report/index.html